

---

Podiumsdiskussion

## Rumänien nach den Parlamentswahlen Wohin steuert das Land nach der Ära Iohannis?

Organisatorin: Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) in Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und der Thomas-Dehler-Stiftung München, 03. Dezember 2024

**Bericht von Johannes Nüßler, Regensburg**

Nach einer kurzen Begrüßung durch *Maik Schnierer*, Leiter des Landesbüros Bayern der Friedrich-Naumann-Stiftung, führte Dr. *Christian Hagemann*, Geschäftsführer der SOG, das Publikum an die politische Situation in Rumänien heran. Rumänien ist das sechstgrößte Land der EU, in die es 2007 aufgenommen wurde, und erschien in den letzten Jahren politisch relativ stabil. Dies wurde durch die Ergebnisse der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 24. November 2024 und der Parlamentswahlen am 01. Dezember 2024 erschüttert. Der rechts-extreme parteilose Kandidat Călin Georgescu gewann entgegen allen Prognosen die meisten Stimmen, gefolgt von der Bürgermeisterin der Kleinstadt Câmpulung, Elena Lasconi, von der Rettet Rumänien Union (USR). Die Kandidierenden der traditionell stärksten Parteien, die Sozialdemokratische Partei (PSD) als die Nachfolgepartei der Kommunistischen Partei

Rumäniens, und ihr Gegenpol in den letzten Jahren, die Nationalliberale Partei (PNL), verpassten den Einzug in die Stichwahl. Auch in den Parlamentswahlen verloren sie viele Stimmen und kamen gemeinsam auf nur 35 Prozent, während sie bei den vorletzten Wahlen 2016 zusammen noch 65 Prozent gewannen. Die drei rechtsextremen Parteien Allianz für die Einheit der Rumänen (AUR), S.O.S. Rumänien (SOS) und Partei der jungen Menschen (POT), die zur Wahl angetreten waren, erhielten dagegen zusammen mehr als 30 Prozent der Stimmen.

In der ersten Runde der Diskussion erläuterten die Vortragenden ihre Eindrücke von den Wahlen. *Daniela-Maria Mariş*, Referentin bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, betonte, dass die Wahlergebnisse einen Schock darstellen. Im rumänischen Superwahljahr 2024 (EU- und Kommunalwahlen im Juni, im November/

Dezember Präsidentschafts- und Parlamentswahlen) sei lange erwartet worden, dass es eine Veränderung geben würde, aber niemand habe mit einem politischen Umschwung dieses Ausmaßes gerechnet. Überraschend sei vor allem, dass seit 1989 zum ersten Mal überhaupt die sozialdemokratische PSD nicht in der Stichwahl vertreten ist. Positiv sei allerdings die auf knapp 50 Prozent gestiegene Wahlbeteiligung, bei den Parlamentswahlen 2020 habe sie bei nur 33 Prozent gelegen. Besorgniserregend seien allerdings die Vorwürfe, der Wahlkampf sei über TikTok von ausländischen Stellen, mutmaßlich Russland, zugunsten von Georgescu manipuliert worden.

Die zehn Jahre Präsidentschaft von Klaus Iohannis hätten eine gewisse Stabilität mit weniger Krisen als in den Vorjahren mit sich gebracht, so Dr. *Roxana Stoenescu*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Babes-Bolyai Universität Cluj-Napoca. Seit dem Beginn der großen Koalition aus PSD und der PNL 2021 sei jedoch die Unzufriedenheit der Wähler:innen gestiegen und die Spaltung der Gesellschaft habe sich vertieft. Die Koalition der beiden vorher verfeindeten Parteien habe zu einem Vertrauensverlust in das politische System, seine Institutionen und auch die Parteien selbst geführt.

Das Unverständnis, wie zwei Parteien, die sich vorher als konträr darstellten, zusammen regieren konnten, habe auch die rechtsextremen Parteien gestärkt. Zusammen werden AUR, SOS und POT mehr als 30 Prozent der Abgeordneten stellen. Ihnen gemein ist der Ursprung aus religiösen, rechtsradikalen und neofaschistischen Bewegungen, ihre Entstehung während der Covid-Pandemie und der Fokus auf die traditionelle Familie. Mit diesen Themen dominierten sie in der Zeit vor der Wahl zeitweise den öffentlichen Diskurs – nach der Wahl sei gerade der pro-europäische Teil der Zivilgesellschaft aus Bestürzung über den Rechtsruck im Land an die Öffentlichkeit gegangen.

Dr. *Cristian Cercel*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Donauschwäbische Geschichte und Landeskunde in Tübingen, hinterfragte dagegen, ob die PSD-PNL Koalition die alleinige Erklärung darstelle. Grundsätzlicher sei es ein Problem, dass es die EU-freundlichen

Parteien nicht mehr schafften, die Stimmen von Protestwähler:innen für sich zu gewinnen – wie dies bei den Wahlen 2014 und 2019 noch gelungen sei. *Lorin Stan*, wissenschaftlicher Referent im Büro des MdB Thomas Hacker (FDP), betonte das Versagen der Umfrageinstitute, die dieses Wahlergebnis nicht vorhergesehen hätten. Teilweise ließe das an den erstmaligen Einzug von AUR ins Parlament 2020 erinnern, der auch nicht vorhergesehen worden sei. Des Weiteren habe diese Wahl mit zwei Wahrheiten des politischen Rumäniens aufgeräumt: Die Diaspora rette „das Land vor dem Übel“ und die PSD profitiere von einer hohen Wahlbeteiligung.

Georgescu habe in seiner Wahlwerbung vier politische Mythen genutzt, so *Stoenescu*: Erstens, er werde Rumänien erlösen und die Diaspora nach Hause bringen, indem er die Wirtschaft wieder aufbaue. Zweitens, er habe die Idee der nationalen Einheit der Rumän:innen betont, indem er gemeinsame Heldentaten erwähnte, darunter Mitglieder der faschistischen Eisernen Garde der Zwischenkriegszeit. Drittens, er habe Verschwörungstheorien in seinen Wahlkampf eingebaut und viertens das Versprechen gegeben, nach seiner Wahl werde das Goldene Zeitalter für Rumänien beginnen. Bruchstücke dieser Mythen seien bei vielen Parteien sichtbar, aber Georgescu vereine alle Punkte und könne damit vielen Menschen etwas bieten. Er sei vor allem in prosperierenden Gebieten Rumäniens, meist von mittelständischen und relativ gut gebildeten Gruppen, gewählt worden.

So kam *Stoenescu* auf Wähler:innenstrukturen zu sprechen. Die PSD sei vor allem im Süden und im Osten und den nun abgehängten ehemaligen Industriegebieten gewählt worden. Die PNL sei vor allem in armen und ländlichen Gebieten gewählt worden, die USR in Städten und die Demokratische Allianz der Ungarn in Rumänien (UDMR) in den ungarisch besiedelten Gebieten. Für AUR lasse sich keine Struktur feststellen, ihre Stimmen kämen aus allen Teilen der rumänischen Gesellschaft. Bei den Stimmen der Diaspora sei vor allem relevant, dass Georgescu in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen insgesamt 43 Prozent der Stimmen erhalten habe – in Deutschland sogar 57 Prozent –, so *Cercel*. Dagegen sei Lasconi nur

auf 27 und Ciolacu (PSD) nur auf drei Prozent der Stimmen gekommen.

Letztes Thema der Diskussion war das erwartete jetzige Vorgehen. Es gebe die Idee einer Regierung der nationalen Einheit aus PSD, PNL, USR, UDMR und den anderen Minderheitsparteien, um die rechtsextremen Parteien von der Macht auszuschließen. Dies sei allerdings wegen der Geschichte sehr schwierig: Gerade die USR habe sich gegründet, um gegen korrupte Strukturen unter anderem in PSD-Regierungen vorzugehen. Allerdings hätten die Wähler:innen der PSD auch Schnittpunkte mit AUR, so *Mariș*, da sie generell struktur- und wertkonservativ seien, weswegen sich die PSD vermutlich noch nicht, wie andere Parteien, für Elena Lasconi in der Stichwahl ausgesprochen habe.

Das Ergebnis der Stichwahl, so der Konsens, sei völlig offen. Ein Sieg von Georgescu könne aller-

dings dramatische Folgen für die transatlantische Bindung Rumäniens, für die Rolle Rumäniens in der EU, sein Verhältnis zur Republik Moldau und für die gesellschaftliche Stimmung haben. Wie die rumänische Gesellschaft und die traditionellen Parteien mit dieser Situation umgehen, ist jedoch völlig offen.

Am 6. Dezember 2024, drei Tage nach dieser Podiumsdiskussion, annullierte das rumänische Verfassungsgericht die Präsidentschaftswahlen wegen vermutetem ausländischem Einfluss und mutmaßlichen Verstößen gegen rumänische Wahlgesetze. Somit kam es nicht, wie bei der Diskussion noch angenommen, am 8. Dezember 2024 zur Stichwahl zwischen Georgescu und Lasconi. Die Präsidentschaftswahlen werden voraussichtlich am 4. Mai 2025 wiederholt.<sup>1</sup> Auf die rumänische Gesellschaft und Politik kommen also stürmische Zeiten zu.

---

1 [www.deutschlandfunk.de/neue-praesidentschaftswahl-in-rumaenien-im-mai-102.html](http://www.deutschlandfunk.de/neue-praesidentschaftswahl-in-rumaenien-im-mai-102.html)